

WAS LÄUFT FALSCH?

Hochaltrigkeit – ein Lernprogramm

Gastkommentar

von *Monika Stocker*

Die Tatsache, dass wir vier Lebensalter erreichen, bringt vieles durcheinander, nur die Vorurteile nicht. Die halten sich hartnäckig. In den nächsten Jahren werden wir alle lernen müssen, dass Hochaltrigkeit weder eine [«Ära der Greise»](#) (NZZ vom 4. 6. 16) noch einen lästigen Kostenfaktor, noch eine Bedrohung des Wohlstands, sondern Lebensqualität für Sie und mich meint.

Die Aufteilung des Alters in ein drittes Lebensalter (zwischen 60 und 80) und in ein viertes (80 plus) verschiebt die Verantwortung von den Werktätigen zunehmend auf das dritte Lebensalter. Wer mit 60 plus in Rente geht, ist in der Regel noch aktiv. Er oder sie arbeitet teilzeitlich weiter, unterstützt Partner, Nachbarinnen, Freunde und Freundinnen im vierten Lebensalter, hilft jungen Familien beim Kinderhüten (man rechnet mit der Leistung von zwei Milliarden Franken pro Jahr) und nicht selten auch finanziell. Junge Familien mit ungeschützten Arbeitsplätzen trotz guter Qualifikation leben immer häufiger auch von Geldleistungen ihrer Eltern. Die Rentner im dritten Lebensalter sind aktiv in NGO, Vorständen, Stiftungen, in Kirchenpflegen, sie leisten Treuhanddienste, arbeiten in Schulen mit, sind Mentorinnen in Migrationsprojekten usw.; sie sind Konsumentinnen (meistens gute) und Steuerzahler (manchmal sehr gute), und sie bezahlen Krankenkassenprämien (in der Regel hohe).

Umlageverfahren bei der AHV und Kapitaldeckungsverfahren bei der zweiten Säule spalten jetzt scheinbar die Solidarität. Die immer wieder aufgezeigten Bilder, wo ein paar wenige Junge die «immensen Lasten der Rentner» tragen müssen, sind falsch. Im Umlageverfahren haben auch die heutigen Rentner einbezahlt, auch für jene, die nie bezahlt haben. Die zweite Säule wurde als kapitalistisches Instrument geplant, und jetzt, wo der Kapitalismus an seine Grenzen kommt, müssten die beiden Systeme gemeinsam überdacht werden, was Bundesrat Berset mit der Reform 2020 ja versucht. Die Lohnkosten sind schon lange nicht mehr die alleinigen Finanzierer der AHV. Seit 1975 werden die höheren Leistungen mit der Mehrwertsteuer finanziert, so dass jede Rentnerin und jeder Rentner mit jedem Kafi und jedem Cervelat ihre Renten mitfinanzieren.

Bei der Schaffung des KVG hat der damalige Bundesrat Cotti 1991 im Parlament gesagt: «Dieses Gesetz bringt u. a. die Gewissheit, dass kein Mensch in unserem Land Angst vor den Kosten im Alter haben muss.» Die Solidarität zwischen Jung und Alt wird jetzt aufgekündigt.

Die Alten bezahlen zwar weiter die Unfallkosten immer absurderer Sportarten solidarisch mit. 2011 aber wurden die Kosten für Pflege und Betreuung aufgespalten. Pflege (nach Art. 7 KVG) wird übernommen, alles andere ist «Restgrösse». «Alles andere» ist aber die entscheidende Grösse für die Lebensqualität im Alter und im hohen Alter. Betreuung, Aktivierung, hauswirtschaftliche Dienste, soziale Kontakte, Palliative Care, Spiritual Care fordern vor allem Zeit – und die kann man nicht rationieren. Pflege im Eiltempo und ohne den Betreuungsaspekt ist unprofessionell. Pflege und Betreuung gehören zusammen.

Warum ist Alters-Bashing auch medial so attraktiv? Könnte es sein, weil das hohe Alter einfach nicht in unseren Jugendwahn passt? Weil es Gier nach immer mehr Reichtum als Irrtum aufzeigt? Soziale Sicherheit braucht zwei Beine, damit sie bestehen kann, die materielle, aber ebenso die menschliche, fürsorgliche. Das fordert heraus! Die Alten sind nicht die Konservativen, die Reaktionäre, die alles verhindern.

Die Alten sind eher die Revolutionäre der Zukunft. Sie zeigen die Begrenztheit des Menschen. Menschliche und spirituelle Werte können weder gekauft noch versichert, noch vererbt werden. Sie müssen gelernt werden. Erst dieses Lernprogramm lässt uns die Hochaltrigkeit individuell und kollektiv lustvoll annehmen.

Monika Stocker, alt Nationalrätin und alt Stadträtin Zürich (Grüne), ist Präsidentin der Sektion Zürich und Schaffhausen der Stiftung UBA (Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter).

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

© Neue Zürcher Zeitung AG - Alle Rechte vorbehalten